

#BEAMTENPOLITIK 14. März 2018

Tarif- und Besoldungsrunde öD: Arbeitgeber mauern

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes beim Bund und bei den Kommunen haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Damit könnte es nun vor Ostern noch Warnstreiks geben.

Bei der Höhe und auch der Struktur des Abschlusses liegen beide Seiten weit auseinander. Die Gewerkschaften fordern eine deutliche Entgelterhöhung, die auch bei allen Beschäftigten ankommt: 6,0 %, mindestens aber 200 Euro. Geld dafür ist da, denn die Steuereinnahmen sprudeln derzeit. Die Arbeitgeber lehnen aber vor allem den Mindestbetrag ab - sie wollen keine überproportionale Anhebung bei den unteren Einkommensgruppen.

Bis zum nächsten Verhandlungstermin am 15. und 16. April soll es nun zu Warnstreiks im gesamten Tarifbereich kommen. Sie könnten noch vor Ostern beginnen und bis zum nächsten Verhandlungstermin fortgesetzt werden.

In der Tarifrunde öD verhandeln ver.di, die DGB Gewerkschaften sowie dbb Beamtenbund und Tarifunion mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen über die Einkommen von 2,3 Millionen Beschäftigten. Zudem fordern sie den Bund auf, die Regelungen des Tarifvertrags zeit- und wirkungsgleich auf die 344.000 Beamt/innen, Anwärter/innen, Richter/innen und Soldat/innen sowie 182.000 Versorgungsempfänger/innen zu übertragen. Einbezogen sind auch die Beamtinnen und Beamten im DB Konzern, beim BEV, EBA, BEU und anderen Bundesbehörden sowie die Versorgungsempfänger/innen. Die EVG verhandelt in Kürze für die Tarifbeschäftigten beim BEV.